

PARLAMENT DER DG
Parlamentspräsidentin
Patricia Creutz-Vilvoye
Platz des Parlaments 1
4700 Eupen

Eupen, den 05.03.2025

RESOLUTIONSVORSCHLAG

RESOLUTIONSVORSCHLAG AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION, DEN EU-MINISTERRAT, DAS FÖDERALE PARLAMENT, DIE FÖDERALE REGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT ZUR RECHTLICHEN VERPFLICHTUNG AUSLÄNDISCHER ONLINEPLATTFORMEN, DIE EU-RICHTLINIEN ZUR PRODUKTSICHERHEIT UND PRODUKTANFORDERUNGEN EINZUHALTEN, ZOLLKONTROLLEN ZU VERSTÄRKEN, UNLAUTERE WETTBEWERBSPRAKTIKEN ZU VERBIETEN UND VERSTÖSSE KONSEQUENT ZU AHNDEN

BEGRÜNDUNG

Europäische Einzelhändler werden durch zollfreie Billigimporte aus Drittstaaten massiv benachteiligt. Dies betrifft auch den ostbelgischen Handel. Allein im Jahr 2024 wurden 4,6 Milliarden Pakete mit einem Wert unter 150 Euro in die EU importiert - davon 91 % aus China.¹ Diese Importe profitieren von Zollfreigrenzen, die europäischen Händlern nicht zur Verfügung stehen, was zu einer Verzerrung des Wettbewerbs führt. Die geplante Abschaffung dieser Zollfreigrenze ist ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch sind weitere Maßnahmen erforderlich, um Chancengleichheit herzustellen.

Der Flughafen Lüttich hat sich zu einer bedeutenden Drehscheibe für chinesische Importe in Europa entwickelt. Täglich passieren über eine Million Pakete die dortigen Zollkontrollen, insgesamt wurden in 2024 eine Milliarde Zollanmeldungen registriert, wobei ein Großteil dieser Sendungen von chinesischen Online-Händlern wie Shein und Temu stammt.^{2,3}

Die Zollbehörden am Flughafen Lüttich stehen vor enormen Herausforderungen. Mit knapp 200 Zollbeamten ist es ihnen kaum möglich, die massive Flut an Paketen umfassend zu kontrollieren. Ein

¹ <https://www.theguardian.com/business/2025/feb/05/eu-to-tighten-checks-on-goods-sold-by-sites-such-as-shein-and-temu>.

² <https://www.marktundmittelstand.de/ratgeber/eu-plant-gebuehren-fuer-billigpakete-aus-china-reaktion-auf-paketflut-von-shein-und-temu>.

³ <https://brf.be/national/1944475/>.

Teamleiter des Zolls äußerte: "Wir werden mit Waren geflutet. Wir wissen, dass die Versender bei den Wertangaben betrügen. Wir können aber nicht alles kontrollieren." Diese Überlastung führt dazu, dass nur ein Bruchteil der Sendungen tatsächlich überprüft werden kann.⁴

Auch der Hafen von Antwerpen spielt eine zentrale Rolle im Handel mit China. China ist nach den USA der zweitgrößte Handelspartner des Hafens.⁵ Die direkte Eisenbahnverbindung zwischen China und Antwerpen, wie beispielsweise der erste Direktzug von Tangshan nach Antwerpen, unterstreicht die Bedeutung des Hafens als Umschlagplatz für chinesische Waren.⁶

Die massive Paketflut überfordert die Zollbehörden, sodass lediglich ein minimaler Bruchteil der Sendungen – am Flughafen Lüttich beispielsweise nur 0,005 %⁷ – tatsächlich überprüft wird. Dadurch gelangen weiterhin gesundheitsgefährdende und unsichere Produkte ungehindert auf den europäischen Markt. Dies stellt eine erhebliche Herausforderung für die Sicherstellung der Einhaltung von Zoll- und Sicherheitsvorschriften dar.

Darüber hinaus hat China in den letzten Jahren signifikante Investitionen in europäische Häfen getätigt, was zu einer erhöhten Einflussnahme auf die europäische Hafeninfrastruktur geführt hat. Ein prominentes Beispiel ist der Hafen von Piräus in Griechenland, der mehrheitlich von der chinesischen Reederei COSCO übernommen wurde. Darüber hinaus besitzt China Anteile an mehreren anderen europäischen Häfen, darunter Barcelona, Bilbao und Valencia in Spanien, sowie Zeebrugge in Belgien.⁸

Im belgischen Hafen von Zeebrugge hält COSCO Shipping Ports einen Anteil von 90 % am CSP Zeebrugge Terminal.⁹ Zusätzlich ist China Merchants Ports Holding mit 49 %, sowie COSCO Shipping Ports CSP mit 20 % seit 2013 an Terminal Link am Antwerp Gateway im Hafen von Antwerpen beteiligt.¹⁰

Diese umfangreichen Investitionen Chinas in europäische Häfen sind Teil der "Belt and Road Initiative" (Neue Seidenstraße) und zielen darauf ab, Chinas globalen Handel zu fördern und strategische Präsenz in wichtigen logistischen Knotenpunkten zu sichern. Allerdings werden diese Investitionen in Europa zunehmend kritisch betrachtet, da sie potenzielle Abhängigkeiten schaffen und Chinas geopolitischen Einfluss in der Region stärken könnten.¹¹

In Belgien gibt es ebenfalls Bedenken hinsichtlich der chinesischen Präsenz in kritischer Infrastruktur. Der belgische Geheimdienst überwachte beispielsweise das Logistikzentrum des chinesischen

⁴ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/temu-pakete-zoll-steuern-100.html>.

⁵ <https://www.vrt.be/vrtnws/de/2020/03/18/antwerpener-hafen-die-weitere-betriebsfaehigkeit-hat-prioritaet/>.

⁶ <https://www.dvz.de/unternehmen/schiene/detail/news/erster-direktzug-von-china-nach-antwerpen-gefahren.html>.

⁷ <https://brf.be/national/1944475/>.

⁸ <https://www.spiegel.de/ausland/china-kauft-kritische-infrastruktur-in-europa-a-537a0de2-1c52-4d2e-93f9-0cf7ca100461>.

⁹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1270437/umfrage/hafenterminals-mit-cosco-beteiligung-in-europa-und-nordafrika/>.

¹⁰ <https://www.2mecs.de/wp/2022/10/china-in-europas-haefen/>.

¹¹ <https://de.euronews.com/2024/01/24/chinas-investitionen-in-europas-hafen-welchen-einfluss-will-peking>.

Unternehmens Alibaba, das in Lüttich errichtet wurde, aufgrund von Befürchtungen über mögliche Spionageaktivitäten.¹²

Zudem zeigt sich, wie stark wirtschaftliche Interessen versuchen, die EU-Regulierungsmaßnahmen zu beeinflussen. Shein hat eigens den ehemaligen EU-Kommissar Günther Oettinger als Lobbyisten engagiert, um politische Entscheidungen zu seinen Gunsten zu steuern.¹³ Dies unterstreicht die Dringlichkeit unabhängiger, transparenter Gesetzgebungsprozesse, um Unternehmen daran zu hindern, ihre Geschäftsmodelle auf Kosten der europäischen Verbraucher und der Umwelt zu schützen.

Die massiven chinesischen Investitionen in europäische Häfen, darunter 90 % Beteiligung am CSP Zeebrugge Terminal und große Anteile am Hafen von Antwerpen, stärken Chinas strategische Kontrolle über kritische Infrastruktur in Europa. Dies birgt wirtschaftliche und sicherheitspolitische Risiken, die verstärkt überwacht werden müssen.

Shein und Temu wurden im Rahmen des Digital Services Act (DSA) als „Very Large Online Platforms“ (VLOPs) eingestuft.¹⁴ Dadurch unterliegen sie strengeren Verpflichtungen, darunter die Offenlegung ihrer Empfehlungsalgorithmen, die bessere Rückverfolgbarkeit von Händlern und Maßnahmen gegen den Verkauf illegaler Produkte. Auch der Schutz von Minderjährigen soll verstärkt werden. Dennoch bleibt fraglich, ob diese Regeln konsequent durchgesetzt werden und ob Temu und Shein dieselben Standards wie europäische Anbieter einhalten – ein Punkt, der nach wie vor ungeklärt ist.

Ebenfalls im Rahmen des Digital Services Act (DSA) hatte die EU-Kommission die Online-Marktplätze Temu und Shein aufgefordert, bis zum 12. Juli 2024 darzulegen, wie sie Nutzern die Meldung illegaler Produkte ermöglichen, manipulative „Dark Patterns“ vermeiden (irreführende Designelemente, die Nutzer zu unbewussten oder unerwünschten Handlungen verleiten, z. B. unklare Abmeldemechanismen oder versteckte Kosten), den Jugendschutz gewährleisten, die Transparenz ihrer Empfehlungssysteme sicherstellen, die Rückverfolgbarkeit von Händlern ermöglichen und die Gestaltung ihrer Benutzeroberfläche entsprechend anpassen.¹⁵

Nach Ablauf dieser Frist hat die Kommission die eingereichten Informationen geprüft. Im Oktober 2024 wurden gegen Temu formelle Verfahren eingeleitet, da der Verdacht besteht, dass die Plattform gegen den DSA verstoßen hat. Konkret geht es um unzureichende Maßnahmen zur Verhinderung des Verkaufs illegaler Produkte und den Einsatz aggressiver, suchterzeugender Verkaufsstrategien.¹⁶

Im Februar 2025 kündigte die Europäische Kommission kürzlich weitere Maßnahmen an, um gegen unsichere und gefährliche Produkte auf Plattformen wie Temu und Shein vorzugehen. Dies umfasst die Haftung der Plattformen für den Verkauf solcher Produkte sowie koordinierte Untersuchungen

¹² <https://de.euronews.com/2024/01/24/chinas-investitionen-in-europas-hafen-welchen-einfluss-will-peking>.

¹³ https://www.lemonde.fr/en/economy/article/2024/08/28/shein-enlists-the-lobbying-services-of-a-former-european-commissioner-to-protect-its-business-model-in-the-eu_6722981_19.html.

¹⁴ https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_24_3047.

¹⁵ <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/commission-requests-information-online-marketplaces-temu-and-shein-compliance-digital-services-act>.

¹⁶ <https://www.theguardian.com/world/2024/oct/31/eu-launches-action-against-shopping-website-temu-over-products>.



durch nationale Verbraucherschutzbehörden, um mögliche Verstöße gegen EU-Verbraucherschutzvorschriften zu identifizieren.¹⁷

Die Vivant-Fraktion begrüßt ausdrücklich die jüngsten Initiativen der Europäischen Kommission, die endlich darauf abzielen, die Einfuhr unsicherer und potenziell gefährlicher Produkte von Online-Plattformen wie Shein und Temu strenger zu regulieren.^{18,19,20}

Und obwohl die EU nun erste Maßnahmen ergriffen hat, reichen diese noch nicht aus:

Im Mai 2024 wies die Verbraucherorganisation Testachats darauf hin, dass 40 % der getesteten Kinderkleidung des chinesischen Online-Shops Shein schädliche Chemikalien enthalten, darunter hormonstörende Substanzen wie Phthalate, Nickel und Blei.²¹ Manche Artikel überschritten die zulässigen Grenzwerte um das Hundertfache. Organisationen wie Greenpeace und der Umweltverband BUND bestätigten diese alarmierenden Befunde und fordern seit Jahren ein hartes Vorgehen gegen die Gesundheits- und Umweltgefahren, die von diesen Produkten ausgehen.²²

Der PFAS-Skandal um "Ewigkeitschemikalien" hat bereits gezeigt, welche langfristigen Schäden solche Substanzen für Menschen und Umwelt verursachen können. Unkontrollierte Billigimporte bergen dieselben Risiken, und dennoch wurde viel zu lange gezögert. Es ist unverantwortlich, dass giftige Textilien, gefährliche Akkus und nicht konforme Elektrogeräte weiterhin ungehindert auf den europäischen Markt gelangen konnten.

Die Abschaffung der Zollfreigrenze für Waren unter 150 € ist ein wichtiger Schritt, reicht jedoch nicht aus, um den Markt mit unsicheren Billigprodukten nachhaltig einzudämmen. Ohne verstärkte Zollkontrollen und Händlertransparenz bleibt die Einfuhr gesundheits- und umweltgefährdender Produkte weiterhin ein Problem.

Der Zoll bleibt mit der enormen Paketflut konfrontiert, und die geringe Kontrollkapazität bedeutet, dass viele problematische Produkte dennoch unentdeckt bleiben. Zudem nutzen Plattformen wie Shein und Temu bereits Umgehungsstrategien, wie das Verschicken von Waren über Drittstaaten oder die bewusste Falschangabe von Warenwerten, um bestehende Regularien zu umgehen.²³

Die Haftung von Online-Marktplätzen für gefährliche Produkte liegt derzeit primär bei den jeweiligen Händlern, die diese Produkte anbieten. Allerdings sind diese Händler oft schwer zurückzuverfolgen, insbesondere wenn sie außerhalb der EU ansässig sind. Die Europäische Union hat dieses Problem erkannt und arbeitet an einer Anpassung der Produkthaftungsrichtlinie, um die Verantwortlichkeiten klarer zu regeln. Zukünftig sollen Online-Plattformen haftbar gemacht werden können, wenn sie den

¹⁷ <https://www.reuters.com/business/retail-consumer/temu-shein-targeted-eu-cracks-down-unsafe-ecommerce-imports-2025-02-05/>.

¹⁸ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/eu-untersuchung-shein-temu-100.html>.

¹⁹ <https://www.euractiv.com/section/tech/news/eu-commission-to-take-a-holistic-approach-against-temu-shein/>.

²⁰ <https://www.theguardian.com/business/2025/feb/05/eu-to-tighten-checks-on-goods-sold-by-sites-such-as-shein-and-temu>.

²¹ <https://www.grenzecho.net/107114/artikel/2024-05-22/testachats-warnt-kinderkleidung-von-shein-ist-voller-hormonstorer>.

²² https://www.kleinezeitung.at/lebensart/style/6218999/GreenpeaceUntersuchung_Chemikalien-in-SheinKleidung-loesen.

²³ <https://www.theguardian.com/business/2025/feb/05/eu-to-tighten-checks-on-goods-sold-by-sites-such-as-shein-and-temu>.



verantwortlichen Akteur nicht identifizieren können oder den Eindruck erwecken, selbst der Anbieter zu sein.²⁴

Diese Reformen zielen darauf ab, die Produkthaftungsregeln an das digitale Zeitalter anzupassen und sicherzustellen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher auch im Online-Handel angemessen geschützt sind.²⁵

Bis zur vollständigen Umsetzung dieser neuen Regelungen bleibt die Haftungssituation jedoch komplex, und Verbraucher könnten Schwierigkeiten haben, bei Schäden durch fehlerhafte Produkte ihre Ansprüche durchzusetzen.

Angesichts der weiterhin bestehenden Risiken erachten wir zusätzliche Schritte als notwendig, um die Wirksamkeit der Maßnahmen zu gewährleisten.

Auch auf nationaler Ebene fordern Unternehmen mehr Regulierung. So haben sich 70 belgische Internethändler in einer offenen Briefaktion zusammengeschlossen, um gegen die unlauteren Praktiken chinesischer Online-Marktplätze wie TEMU und SHEIN vorzugehen. Laut Comeos, dem belgischen Verband für Handel und Dienstleistungen, entsprechen rund ein Drittel der über diese Plattformen verkauften Produkte nicht den europäischen Sicherheitsstandards – eine alarmierende Zahl, die unmissverständlich zeigt, dass die bisherigen Regelungen nicht ausreichen.²⁶

Frankreich hat als erstes Land ein Gesetz in die Wege geleitet, das darauf abzielt, die negativen Auswirkungen der Ultra-Fast-Fashion-Industrie zu bekämpfen (Fast Fashion bezeichnet ein Geschäftsmodell in der Modeindustrie, bei dem Kleidung schnell, billig und in großen Mengen produziert wird, um kurzfristige Modetrends aufzugreifen. Es zeichnet sich durch niedrige Preise, kurze Produktionszyklen und häufige Kollektionswechsel aus, oft auf Kosten von Arbeitsbedingungen, Umwelt und Produktqualität).

Das Gesetz wurde im März 2024 von der französischen Nationalversammlung verabschiedet²⁷ und wurde dem Senat zur Bestätigung vorgelegt. Es beinhaltet Maßnahmen wie Informationspflichten für Verbraucher über die ökologischen und sozialen Auswirkungen von Billigmode, ein Werbeverbot für besonders umweltschädliche Anbieter sowie finanzielle Aufschläge auf Produkte, die unter fragwürdigen Bedingungen hergestellt werden. Ziel ist es, exzessive Produktion und Konsum einzudämmen sowie nachhaltigere Praktiken in der Modeindustrie zu fördern.²⁸

Allerdings ist das Gesetz inzwischen von der Agenda des französischen Senats verschwunden, sodass unklar ist, ob und wann es tatsächlich verabschiedet wird. Diese Entwicklung zeigt, dass selbst ambitionierte Vorstöße gegen die schädlichen Praktiken der Fast-Fashion-Industrie auf politische

²⁴ <https://www.annacavazzini.eu/shein-temu-und-co-zwoelf-forderungen-zur-durchsetzung-des-hohen-eu-verbraucherschutzes-im-online-handel/>.

²⁵ https://commission.europa.eu/news/eu-adapts-product-liability-rules-digital-age-and-circular-economy-2024-12-09_de.

²⁶ <https://www.grenzecho.net/115050/artikel/2024-11-22/unfaire-konkurrenz-belgische-handler-kampfen-gegen-chinesische-online-giganten>.

²⁷ <https://apnews.com/article/fast-fashion-france-environment-bill-parliament-lvmh-a85da46b3a159e04d8789bfc15cb2be8>.

²⁸ <https://www.merkur.de/wirtschaft/welt-shein-und-temu-frankreich-plant-regeln-fuer-schmutzigste-industrie-der-zr-92911639.html>.

Hürden stoßen und verstärkter Druck notwendig ist, um verbindliche Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene zu realisieren.²⁹

Es ist gut, dass die EU-Kommission endlich aktiv wird – doch die bisherigen Maßnahmen der EU sind unzureichend. Die Gesundheit der Verbraucher, die wirtschaftliche Existenz europäischer Händler und der Umweltschutz müssen höhere Priorität erhalten. Wenn die EU ernsthaft gegen die Flut an Billigimporten vorgehen will, muss sie weitergehende und verbindliche Maßnahmen ergreifen.

Auch die Deutschsprachige Gemeinschaft sollte sich mit dieser Thematik befassen, denn auch der ostbelgische Handel ist stark betroffen. Sie trägt im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention Verantwortung und sollte durch gezielte Aufklärung die Bevölkerung über die Risiken hormonstörender Stoffe und die Umweltauswirkungen der Fast-Fashion-Industrie informieren.

Wie es auf ostbelgienlive.be festgehalten ist, muss die Gesundheit der Bürger gestärkt werden – ein Ziel, das seit vielen Jahren verfolgt wird und durch das Dekret zur Gesundheitsförderung und medizinischen Prävention vom 1. Juni 2004 gestützt wird.

„Wer nicht jeden Tag etwas für seine Gesundheit aufbringt, muss eines Tages sehr viel Zeit für die Krankheit opfern.“ – *Sebastian Kneipp*

M. BALTER



A. MERTES



D. STIEL



E. PETERS



²⁹ <https://reporterre.net/Le-Senat-oublie-la-loi-sur-la-fast-fashion>.

RESOLUTIONSVORSCHLAG**Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft,**

in Anbetracht der Tatsache, dass

- die EU zwar erste Maßnahmen gegen gesundheitsschädliche und unsichere Billigimporte aus China eingeleitet hat, diese jedoch nicht ausreichen, um die bestehenden Probleme nachhaltig zu lösen;
- die Abschaffung der Zollbefreiung für Waren unter 150 € zwar ein richtiger Schritt ist, aber nicht das Hauptproblem löst, da die meisten dieser Produkte weiterhin den europäischen Markt überfluten – oft mit fragwürdigen Umgehungsmethoden;
- 40 % der getesteten Kinderkleidung von Shein schädliche Chemikalien enthalten, darunter endokrine Disruptoren, Nickel, Blei und andere giftige Substanzen, deren Gesundheitsgefahren seit Jahren bekannt sind;
- Organisationen wie Greenpeace und der Umweltverband BUND seit Jahren auf die Gefahren durch Giftstoffe in Kleidung und Spielzeug aufmerksam machen;^{30,31}
- es unverantwortlich ist, diese Produkte weiterhin auf dem europäischen Markt zuzulassen;
- der PFAS-Skandal um „Ewigkeitschemikalien“, die sich im Körper von Menschen und Tieren anreichern und in Verdacht stehen, Krebs, Unfruchtbarkeit und Immunsystemsäden zu verursachen, den dringenden Handlungsbedarf zeigt;³²
- zu den Hauptkrankheiten, die durch endokrine Disruptoren ausgelöst werden, können Fortpflanzungsstörungen, beeinträchtigte Gehirnentwicklung, Autismus, Fettleibigkeit, Diabetes und Krebs zählen;³³
- europaweit verstärkt gefordert wird, die Flut chinesischer Billigprodukte durch Zölle einzudämmen;
- Verbraucherinnen und Verbraucher besser vor giftigen Substanzen geschützt werden müssen;
- die belgische E-Commerce-Föderation Becom eine Verstärkung der Zollbehörden fordert;
- TEMU, SHEIN und andere Online-Plattformen denselben Standards unterliegen müssen wie europäische Anbieter;
- chinesische Händler bestehende Regelungen systematisch umgehen, indem sie Produkte einzeln versenden, um Zoll- und Steuerpflichten zu umgehen;³⁴
- die Zollbehörden aufgrund der enormen Paketflut nicht in der Lage sind, eine umfassende Kontrolle durchzuführen, und nur etwa 1 % der Sendungen tatsächlich überprüft wird, können gesundheitsschädliche und unsichere Produkte weiterhin ungehindert in die EU gelangen;
- illegale Produktverkäufe konsequent geahndet werden müssen;

³⁰ <https://flustix.com/blog/fast-fashion-irrsinn-was-greenpeace-in-billiger-kindermode-des-groessten-online-haendlers-der-welt-entdeckt-ist-erschreckend/>.

³¹ https://utopia.de/news/gutachten-warnt-vor-giftigem-spielzeug-aus-dem-internet_551800/.

³² https://www.oekotest.de/gesundheit-medikamente/US-Studie-An-Krebs-erkrankte-Frauen-sind-staerker-mit-PFAS-und-BPA-belastet_14120_1.html.

³³ <https://www.health.belgium.be/de/endokrine-disruptoren>.

³⁴ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/temu-pakete-zoll-steuern-100.html>.



- das Design der Plattformen und die dort eingebetteten Belohnungsprogramme potenziell süchtig machen können und Nutzer zu unkontrollierten Ausgaben verleiten;
- manipulative Verkaufspraktiken, sogenannte Dark Patterns, wie künstliche Rabatte, psychologische Druckmechanismen und Suchtsysteme durch Belohnungen weiterhin zulässig sind, wird insbesondere jugendlichen Käufern ein bewusstes Konsumverhalten erschwert;
- Online-Marktplätze wie Shein und Temu nicht direkt für die Sicherheit der angebotenen Produkte haften, sondern die Verantwortung auf schwer auffindbare Händler abwälzen und somit die Rückverfolgbarkeit der Händler weiterhin unzureichend ist, sodass unseriöse Anbieter nicht effektiv zur Rechenschaft gezogen werden können;
- Umwelt- und Sozialstandards in der gesamten Fast-Fashion-Industrie weiter ignoriert werden und die bisherigen Maßnahmen keine Lösung für nachhaltigen Konsum darstellen;
- Unternehmen durch Steuervermeidungs- und Umgehungsstrategien massive finanzielle Vorteile genießen, während europäische Händler hohen Umwelt-, Sozial- und Sicherheitsstandards unterliegen, führt dies zu unfairem Wettbewerb und einer zunehmenden Marktverdrängung lokaler Anbieter;
- die wirtschaftliche Existenz lokaler Händler und europäischer Unternehmen durch unfaire Wettbewerbspraktiken weiterhin bedroht wird;
- es bislang keine zentrale EU-Behörde zur Überwachung von Online-Marktplätzen gibt, sind die einzelnen Mitgliedsstaaten mit der Umsetzung und Kontrolle neuer Regularien allein gelassen, was zu uneinheitlicher Rechtsdurchsetzung und Umgehungsmöglichkeiten führt;
- Verbraucher häufig unzureichend über die gesundheitlichen Risiken, die sozialen Folgen und die ökologischen Schäden durch Fast Fashion informiert werden, bleibt das Bewusstsein für nachhaltige Konsumalternativen gering;

fordert das Belgische Föderale Parlament und die Belgische Föderale Regierung auf,

1. Die nationalen Grenzwerte für endokrine Disruptoren neu zu definieren, zu diskutieren und zu bewerten, da diese zunehmend im Verdacht stehen, vielfältige Gesundheitsschäden zu verursachen – gemäß dem Vorsorgeprinzip, das besagt, dass potenzielle Risiken für Umwelt und Gesundheit bereits dann minimiert werden müssen, wenn ein begründeter Verdacht auf Schädlichkeit besteht, auch ohne abschließende wissenschaftliche Gewissheit. Ziel ist es, einer Belastung frühzeitig vorzubeugen, anstatt die negativen Folgen später zu bekämpfen.
2. Landesweite Gesundheitskampagnen zu initiieren, die über die Gefahren hormonstörender Stoffe in Alltagsprodukten aufklären.
3. Die belgischen Zollbehörden zu stärken, um eine effektive Kontrolle der steigenden Paketflut zu gewährleisten. Dies beinhaltet eine personelle Aufstockung, gezielte Schulungen, den Einsatz automatisierter Kontrollsysteme und eine Erhöhung der Stichprobenkontrollen für Importe aus Hochrisikoregionen.
4. Illegale Produktverkäufe konsequent zu ahnden, indem Plattformen, die regelmäßig unsichere oder nicht-konforme Produkte vertreiben, mit hohen Geldstrafen, Marktzugangsbeschränkungen bis hin zu Marktzugangsverboten belegt werden.
5. Die direkte Haftung von Online-Plattformen für nicht konforme oder gefährliche Produkte gesetzlich zu verankern, sodass nicht nur die Händler, sondern auch die Marktplätze selbst für Verstöße verantwortlich gemacht werden können.

fordert das Europäische Parlament, die EU-Kommission und den EU-Ministerrat auf,

6. Die europäischen Grenzwerte für endokrine Disruptoren neu zu definieren, zu diskutieren und zu bewerten, da diese zunehmend im Verdacht stehen, vielfältige Gesundheitsschäden zu verursachen – gemäß dem Vorsorgeprinzip, das besagt, dass potenzielle Risiken für Umwelt und Gesundheit bereits dann minimiert werden müssen, wenn ein begründeter Verdacht auf Schädlichkeit besteht, auch ohne abschließende wissenschaftliche Gewissheit. Ziel ist es, einer Belastung frühzeitig vorzubeugen, anstatt die negativen Folgen später zu bekämpfen.
7. Illegale Produktverkäufe konsequent zu ahnden, indem Plattformen, die regelmäßig unsichere oder nicht-konforme Produkte vertreiben, mit hohen Geldstrafen, Marktzugangsbeschränkungen bis hin zu Marktzugangsverboten belegt werden.

8. Ein EU-weites Händlertransparenzregister einzuführen, um die Rückverfolgbarkeit aller Verkäufer auf Online-Plattformen sicherzustellen. Jede auf Plattformen wie Shein, Temu und Alibaba registrierte Verkaufsstelle muss einen überprüfbaren Unternehmenssitz und eine steuerliche Registrierung in der EU nachweisen.
9. Manipulative Verkaufsstrategien („Dark Patterns“) auf Online-Marktplätzen zu verbieten, insbesondere:
 - Gefälschte Rabatte und künstliche Kaufanreize,
 - Psychologischen Kaufzwang durch Zeitlimits oder „begrenzte Stückzahlen“,
 - Suchterzeugende Belohnungssysteme und unklare Abmeldemechanismen.
10. Eine verpflichtende Kennzeichnungspflicht für nicht nachhaltige oder sozial bedenkliche Produkte einzuführen, um Verbraucher über die ökologischen und sozialen Auswirkungen ihrer Kaufentscheidungen aufzuklären.
11. Die gezielte Umgehung von Zoll- und Steuerregelungen durch Einzelversand systematisch zu unterbinden, indem Plattformen verpflichtet werden, Händler zu kennzeichnen, die bewusst Pakete aufsplitten, um Abgaben zu vermeiden.
12. Die direkte Haftung von Online-Plattformen für nicht konforme oder gefährliche Produkte gesetzlich zu verankern, sodass nicht nur der Händler, sondern auch die Marktplätze selbst für Verstöße verantwortlich gemacht werden können.
13. Eine zentrale europäische Taskforce zur Marktüberwachung einzurichten, die eng mit nationalen Zoll- und Verbraucherschutzbehörden zusammenarbeitet, um Verstöße effizienter aufzudecken und zu ahnden.
14. Ein EU-weites Meldesystem für unsichere oder illegale Produkte einzuführen, das sowohl Verbrauchern als auch Behörden ermöglicht, gefährliche Waren schnell zu identifizieren und zu entfernen.

fordert das Belgische Föderale Parlament, die Belgische Föderale Regierung, das Europäische Parlament, die EU-Kommission und den EU-Ministerrat auf,

15. Die konsequente Anwendung nationaler und europäischer Gesetzgebung für digitale Dienste und Marktplätze zu überwachen und Plattformen, die gegen die EU-Produktsicherheitsverordnung verstoßen, vom europäischen Markt auszuschließen.
16. Die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und den nationalen Behörden zu intensivieren, um eine konsequente Anwendung europäischer Gesetzgebung für digitale Dienste und Marktplätze zu gewährleisten.
17. Gemeinsame national- und EU-weite Sensibilisierungskampagnen zur Förderung nachhaltiger Konsummuster zu starten, um Verbraucher verstärkt über die gesundheitlichen und ökologischen Gefahren von Billigimporten aufzuklären.



18. Ein integriertes System zur Überwachung von Zollkontrollen einzuführen, das nationale und EU-weite Kapazitäten bündelt, um den Import unsicherer Produkte effizienter zu verhindern.

beauftragt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

1. sich beim föderalen Parlament, der föderalen Regierung, dem EU-Parlament, bei der EU-Kommission und beim EU-Ministerrat für die genannten Forderungen einzusetzen.
2. Sensibilisierungskampagnen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu starten, die auf die Gefahren hormonstörender Stoffe hinweisen.
3. Kampagnen zur Bewusstseinsbildung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu initiieren, die auf die Umweltauswirkungen und die problematischen Arbeitsbedingungen der Fast-Fashion-Industrie aufmerksam machen.

M. BALTER



A. MERTES



D. STIEL



E. PETERS

